



Zu Gesprächen zum Thema Energiekonzept der Bundesregierung trafen sich jetzt (von links) Hans-Heinrich von Hofe (Aufsichtsratsvorsitzender Stadtwerke Böhmetal), Dr. Claus-Jürgen Bruhn (Stadtwerke Soltau), Bernd Reichelt (Stadtwerke Munster-Bispingen), Hans Hagedorn (Aufsichtsratsvorsitzender Stadtwerke Rotenburg), Reinhard David (Stadtwerke Rotenburg), CDU-Bundestagsabgeordneter Reinhard Grindel, Martin Hack (Stadtwerke Böhmetal), Fritz-Ulrich Kasch (Aufsichtsratsvorsitzender Stadtwerke Schneverdingen) und Günter Salewski (Stadtwerke Schneverdingen) in Berlin.

Stadtwerke tragen Sorgen zum Energiekonzept in Berlin vor

CDU-Abgeordneter Grindel organisiert Treffen mit Wirtschaftsministerium

bz **Soltau.** Ein Treffen von Vertretern aller Stadtwerke des Wahlkreises Rotenburg/Soltau-Fallingb. mit dem Abteilungsleiter für Energiepolitik im Bundeswirtschaftsministerium, Detlef Dauke, hat der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel organisiert. Dabei ging es um die Auswirkung des Energiekonzepts der Bundesregierung auf die heimischen Stadtwerke. Die Stadtwerke-Geschäftsführer befürchten, dass durch die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke die Wettbewerbssituation vor Ort weiter zu Lasten der Stadtwerke verschlechtert wird.

„Die Tochterfirmen der großen Energieversorgungsunternehmen, die selbst Stromproduzenten sind, bieten Preise an, mit denen die Stadtwerke vor Ort nur schwer konkurrieren

können“, sagte Bernd Reichelt, Geschäftsführer der Stadtwerke Munster-Bispingen.

Detlef Dauke hob die Einrichtung einer neuen Markttransparenzstelle hervor, die beim Bundeskartellamt geschaffen wird. Sie wird die Preisgestaltung der großen vier Energieversorger in Deutschland unter die Lupe nehmen und unlauteren Wettbewerb unterbinden. Dauke bot den Stadtwerke-Geschäftsführern an, ihm bereits kurzfristig Unterlagen über solchen unlauteren Wettbewerb zur Verfügung zu stellen. Er werde jedem Einzelfall nachgehen.

Förderprogramme nutzen

Ebenso könnten die Stadtwerke die Förderprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der

erneuerbaren Energien nutzen. „Warum beteiligen Sie sich nicht an einer Offshore-Windkraftanlage?“, fragte Dauke. Reinhard Grindel ergänzte, dass die Einbeziehung der Stadtwerke in die Förderprogramme des Bundes zunächst umstritten gewesen sei, weil der Grundsatz gelte „Staat fördert nicht Staat“. „Wir wollen aber starke Stadtwerke und deshalb sollen sie in den Genuss der Förderprogramme kommen“, hob der CDU-Abgeordnete hervor.

Alle Stadtwerke-Vertreter lobten ausdrücklich, dass im Energiekonzept die Themen Netzausbau und Speichertechnologien breiten Raum bekommen. Beides seien Voraussetzungen für einen deutlich höheren Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung. 293527